

# Ist hier eine Schule zumutbar?

**Neue Schule Baumgarten in Bern** Die Stadt will im Baumgartenquartier eine Schule in einem Bürohaus einrichten. Doch es gibt Widerstand aus dem Quartier. Und ein Pausenplatz wird vermisst.

Esther Diener-Morscher

Der Plan des Berner Gemeinderats, im Osten von Bern schnell neuen Schulraum zu schaffen, ist zeitlich äusserst ambitioniert. Er könnte aber gerade noch aufgehen: Am 15. Mai stimmt die Bevölkerung über die Einrichtung einer neuen Schule in einem Bürogebäude an der Nussbaumstrasse ab. Dieses liegt in der Nähe des Eisstadions auf der Allmend. Im Sommer wäre Baubeginn, ein Jahr später stünde die Schule Baumgarten pünktlich zum Beginn des Schuljahres bereit. So der Plan.

Das ungewöhnliche Projekt zur Behebung der akuten Schulraumknappheit sieht vor, dass das Bürogebäude an der Nussbaumstrasse 29 in eine neue Schule für 18 Klassen umgebaut wird. Der Schulraum für 300 bis 400 Jugendliche der Oberstufe kostet insgesamt 54 Millionen Franken – 24,5 Millionen für den Umbau sowie 29,5 Millionen für die Miete während 25 Jahren.

Inbegriffen ist eine neue Turnhalle für 5,5 Millionen Franken auf der Rasenfläche des nahe gelegenen Bitzius-Schulhauses. Im Stadtrat war das Geschäft nicht umstritten. Der einzige Kritikpunkt lautete: «Der vereinbarte Mietzins ist zu hoch.»

## Widerstand im Quartier

Dass das Schulprojekt beim Stimmvolk durchkommt, ist bei den Mehrheitsverhältnissen in der Stadt Bern sehr wahrscheinlich. Dass auch die Anwohnenden neben der künftigen Schule rechtzeitig grünes Licht geben, hängt allerdings in der Schwebe. Seit fünf Monaten setzen sich Stadt- und Schulvertreter immer wieder mit Delegationen aus dem betroffenen Teil der Baumgarten-Siedlung zusammen – bisher vergeblich. Im März reichten die Anwohnenden mehrere Einsprachen ein; die Hälfte der 85 betroffenen Haushalte ist daran beteiligt.

Das Kernargument der Einsprache lautet gemäss einer Mitteilung des Vorstands der Wohnbaugenossenschaft: Die Schule eigne sich nicht für Jugendliche, es gebe zu wenig Aussenflächen. Sprich: Es fehlt ein Pausenplatz. Deshalb könnten sich die Jugendlichen in den Pausen «nicht adäquat erholen». Wegen der nahen Autobahn fürchten die Anwohnenden auch eine «überdurchschnittliche und besorgniserregende» Belastung mit Strassenlärm und Feinstaub.



In der Einbahnstrasse vor der geplanten Schule im Bürogebäude soll ein Pausenplatz entstehen. Foto: Christian Pfander

Die Vertretung der Anwohnerschaft kritisiert weitere Punkte am Projekt: «Wir finden es ausserdem stossend, dass unsere grüne Stadtregierung eine Ausnahmebewilligung fordert, um die für eine Schule nötigen Veloparkplätze auf weniger als die Hälfte zu reduzieren – und das für eine Oberstufe», ergänzt Simone Kaufmann gegenüber dieser Zeitung. Sie ist Mitglied der Dreierdelegation, die derzeit mit der Stadt verhandelt.

Sie betont, die Bewohnerinnen und Bewohner würden sich

nicht gegen die Jugendlichen wehren würden. Allerdings seien für sie und die anderen Anwohnenden drei Dinge wichtig: eine Entflechtung der Wegführung, ein Ersatz für Parkplätze, die vor der Schule aufgehoben werden, und ein neuer Platz für die Entsorgungsstelle, die verschoben wird. Mit der «Entflechtung der Wegführung» ist gemeint, dass die Jugendlichen nicht alle Wege in der Siedlung benutzen sollen. «Wir möchten eine klare Zuteilung von Wegen zum Schulhaus und zur geplanten

Turnhalle neben dem Bitzius-Schulhaus», erklärt Simone Kaufmann.

Etwas deutlicher formulieren es die Betroffenen in der Siedlungszeitschrift «Baumgartenblatt». Viele fürchten, dass ihr Freiraum in der Siedlung von den Jugendlichen in den Pausen sowie vor und nach Schulschluss von den Jugendlichen «geflutet» werde, heisst es dort.

Bewohnerinnen und Bewohner schreiben auch, dass die Schule «einfach nicht zumutbar» oder «pädagogisch nicht zu verantworten» sei. Nur eine Bewohnerin erinnert sich mit Freude daran, wie sie vor über 60 Jahren an der Bezirksschule Baden in der Pause auf einer 40 Meter langen Terrasse in Grüppchen hin- und zurücks spazierte. Freimütig räumt sie ein, dass es ums Sehen und Gesehenwerden, um Klatsch und Kommentare gegangen sei. Für die neue Schule Baumgarten schlägt sie vor: «Die Einbahnstrassen neben den Parkplätzen mit den Bäumen in der Mitte eignen sich doch wunderbar für so einen Corso in der Pause.»

Die Stadt hat diese Idee aufgenommen und prüft derzeit, ob sich in der Einbahnstrasse vor dem Gebäude ein Pausenplatz realisieren lässt. Ob es diesen

schliesslich geben wird, ist allerdings noch Verhandlungssache. Denn die Siedlungsbewohner fürchten um ihre Parkplätze. Stadtbaumeister Thomas Pfluger stellt auf Anfrage klar: «Die Schule könnte auch ohne diesen Pausenplatz realisiert werden. Es hat genug anderen Pausenraum für die Jugendlichen.» Er versichert aber auch: Sollten wegen der Umgestaltung des Vorplatzes Parkplätze aufgehoben werden, gäbe es genug Ersatzplätze in der Einstellhalle des Bürogebäudes. Diese Einstellhallenplätze sind Bestandteil des Mietvertrags der Bürofläche. Die Stadt musste sie dazumieten.

## Es drohen Schülertransporte

Kann sich die Stadt nicht rechtzeitig mit den Einsprechenden einigen, hätte das einschneidende Folgen. Der Umbau des Bürogebäudes müsste diesen Sommer beginnen, damit die Schule im August 2023 bezugsbereit ist.

Im März sagte Stadtpräsident Alec von Graffenried, dass für die Jugendlichen notfalls Transporte in Schulen ausserhalb des Quartiers oder sogar ausserhalb der Stadt organisiert werden müssten, wenn der neue Schulraum an der Nussbaumstrasse nicht rechtzeitig bereitstehe.

## Hier ist die Schule in einem Bürogebäude geplant



Grafik: mre, sny

# Am Lauenensee solls ruhiger werden

**Tourismus** In der Sommersaison läuft die Situation am Lauenensee aus dem Ruder. Das soll sich nun ändern.

Wer schon einmal einen Ausflug an den Lauenensee unternommen hat, weiss, dass er dort an einem schönen Sommertag nicht unbedingt «d Ruhe vor Natur» findet, wie sie Span einst besungen hatten. Stattdessen trifft man auf überfüllte Parkplätze, entfesselte Biker, illegal frei laufende Hunde und öfter auch wilde Camper. Der Gemeinde Lauenen und den Verantwortlichen von Gstaad Saanenland Touris-

mus ist die Situation seit längerem ein Dorn im Auge.

Schon vor geraumer Zeit hat die Gemeinde einen Ranger eingesetzt, der für Ordnung sorgt. Seither hat sich die Situation deutlich gebessert. Sorgen bereiten den Verantwortlichen heute primär noch die chaotischen Zustände bei der Zufahrt und die Frage der Parkplätze. Dafür eine Lösung zu finden, kann laut Gemeindepräsidentin Ruth Oehrli-

Pekoll nicht allein die Aufgabe der kleinen Gemeinde sein.

Laut Oehrli haben Bund und Kanton je 38'000 Franken gesprochen, um ein Konzept aufzugleisen. Die Gemeinde Lauenen berappt 32'000 Franken. Mit der Umsetzung von Massnahmen befassen sich verschiedene Arbeits- und eine Projektgruppe. Zur Diskussion stehen eine Ausweitung der Strasse, eine Sperrung der Strasse mit Aus-

nahmen, eine wechselseitige Einbahnregelung und ein Shuttle- und Rufbus bis hin zu einem Parkhaus in Lauenen. Letzteres ist laut Oehrli aber kaum finanzierbar.

Bis Mitte September soll der Bevölkerung ein Projekt vorgelegt werden. Bereits in diesem Sommer wird eine Sofortmassnahme umgesetzt: Die Gemeinde hat mehrere Stellplätze mit jeweils zwei Plätzen pro Einheit

ausgeschieden, die den Campern zur Verfügung stehen.

Bereits klar ist laut Oehrli, dass der Parkplatz am See nicht ausgebaut wird: «Wir überlegen uns sogar, Parkplatzsperrungen zu verfügen, damit ein geplanter Shuttle- oder Rufbus besser zirkulieren kann.» Oehrli verweist darauf, dass urbane Ausflügler vermehrt kein Auto mehr haben «und mit dem ÖV möglichst bis ans Ziel reisen möchten». (sp/red)

## 3,7 Millionen Franken Verlust für die UPD

**Bern** Die Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) Bern blicken laut ihrem Jahresbericht auf ein herausforderndes Jahr 2021 zurück. Das Unternehmen schloss mit einem Jahresverlust von 3,7 Millionen Franken (Vorjahr: 0,3 Millionen minus). Der Verlust wird vom Eigenkapital gedeckt, das Ende 2021 gut 81 Millionen Franken ausmachte.

Die Zahl der ambulant geleisteten Stunden stieg um fast zwölf Prozent. Im stationären Bereich nahmen die Pflegetage um fünf Prozent zu. Gleichzeitig kämpften die UPD mit einem Fachkräftemangel und mit coronabedingten Personalausfällen. Auf den Fachkräftemangel reagierte die UPD-Spitze mit substanziellen Lohnerhöhungen.

Die UPD Bern beschäftigten Ende 2021 rund 1600 Personen. Der Frauenanteil betrug 67,5 Prozent. Rund 12'000 Patientinnen und Patienten werden jährlich betreut. Der Jahresumsatz beträgt etwa 160 Millionen Franken. (sda)

## Mehr Fläche für Wohnen und Arbeiten

**Bernapark** Die Gemeinde Stettlen will die Weiterentwicklung der ehemaligen Kartonfabrik Deisswil (heute: Bernapark) ermöglichen. Deshalb passt sie den Zonenplan und das Baureglement an. Beides geht bis Anfang Juni in eine öffentliche Mitwirkung. Im kommenden Jahr wird schliesslich das Volk an einer Gemeindeversammlung über die Bestimmungen entscheiden.

Eine sogenannte Bestandeszone ermöglichte bisher den Bau von 173 Wohnungen und Gewerberäumen mit total 45'000 Quadratmetern Geschossfläche. Die Gemeinde geht davon aus, dass das Areal letztlich für insgesamt 2000 Menschen und ebenso viele Arbeitsplätze Platz bietet. Insgesamt 260'000 Quadratmeter Geschossfläche sollen fürs Wohnen und Arbeiten schlussendlich zur Verfügung stehen. Der Wohnanteil darf maximal 60 Prozent betragen. (sda)

## Ein neues Zentrum für ambulante Operationen

**Nordring Bern** Die Privatklinikgruppe Hirslanden eröffnet am 16. Mai am Berner Nordring ein Operationszentrum für ambulante Eingriffe. Dort werden künftig alle planbaren operativen Eingriffe der drei Berner Hirslanden-Kliniken durchgeführt, die keinen stationären Aufenthalt erfordern.

Wie das Unternehmen gestern Mittwoch mitteilte, wird das neue Zentrum mit dem Namen «Opera Bern» zwei Operationsäle mit einem Interventionsraum aufweisen. Das Zentrum steht auch Ärztinnen und Ärzten aus externen Praxen offen. Es ist das schweizweit fünfte ambulante Operationszentrum der Hirslanden-Gruppe.

Laut der Mitteilung ermöglicht der medizinische Fortschritt inzwischen die ambulante Durchführung einer grossen Zahl von standardisierten chirurgischen Eingriffen. (sda)